

Diskussion um Altersbezüge

Brüderles Vorstoß wird abgebügelt

Rainer Brüderles Pläne, die Rentengarantie abzuschaffen, stoßen auf Widerstand. Die dauerhafte Entkopplung von der Lohnentwicklung könne nicht funktionieren, mahnt der Wirtschaftsminister - doch Arbeitsministerin und Kanzlerin stellen sich gegen ihn.

Von Manfred Schäfers, Berlin



Wirtschaftsminister Rainer Brüderle: „Die Renten müssen zunächst erwirtschaftet werden“

27. Juli 2010 Die Rentengarantie spaltet die Bundesregierung. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hat gefordert, sie abzuschaffen. Das hat Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) umgehend abgelehnt. Sie erhielt dabei Rückendeckung von der Bundeskanzlerin.

(...)

Wie das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demografischer Wandel berechnet hat, kostet die Rentengarantie die Beitragszahler bis 2015 rund 10 Milliarden Euro. Die Beitragszahler müssten daher fünf Jahre einen um 0,2 Prozentpunkte höheren Beitragssatz bezahlen. Rentengarantie und frühere Schutzklauseln belasteten die Rentenkasse zusammen sogar mit bis zu 57 Milliarden Euro. Ohne sie hätte der Beitragssatz bis 2018 bei 19,5 Prozent liegen können. Aktuell liegt er bei 19,9 Prozent. Seit einigen Jahren gibt es Faktoren, die den Rentenanstieg dämpfen. Ziel ist es, die Rente finanzierbar zu halten.

Der „Nachhaltigkeitsfaktor“ berücksichtigt das sich ändernde Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern. Der „Riester-Faktor“ mindert den Anstieg in dem Maß, in dem die Arbeitnehmer privat vorsorgen. In beiden Fällen gilt eine Schutzklausel: Solange die Löhne steigen, darf dies nicht zu einer Minusrunde führen. Allerdings sind die Kürzungen in besseren Zeiten nachzuholen. Die Rentengarantie sorgt nun dafür, dass die Renten selbst dann nicht sinken, wenn die Löhne fallen.

Der vollständige Artikel erschien auf FAZ.net am 27. Juli 2010.